

Rede Ursel Beck bei der Kundgebung der Mieter-/Bürgerinitiative vor dem Kundencenter der SWSG am 21.9.2017

Liebe Mieterinnen und Mieter,
liebe Anwesende,

zum zweiten mal ruft die Mieter-/Bürgerinitiative zu einer Protestaktion hier vor dem Kundencenter der SWSG auf. Herzlich Willkommen.

Mieterinnen und Mieter der SWSG haben guten Grund gegen die Politik von SWSG auf die Straße zu gehen.

Denn, die 100 % städtische Wohnungsgesellschaft verhält sich nicht besser als private Immobilienhaie. Es geht nur noch um Profit.

- die Mietpreise werden nicht auf die Kosten der Wohnungen begrenzt. Genommen wird, was der Markt gerade hergibt.
- die Durchschnittsmieten bei der SWSG sind von 2005 bis 2016 um 36% gestiegen
- Alle drei Jahren werden die Mieten um bis 10% erhöht
- Mieter werden belogen, betrogen und schikaniert
- Trotz hoher Mieten wird die Instandhaltung vernachlässigt
- Es gibt keine Hausmeister. Stattdessen wird vom Wechseln einer Glühbirne bis zum Rasen Mähen alles an Fremdfirmen vergeben. Für oft miserable Leistung müssen die Mieter extrem hohe Betriebskosten bezahlen. Bis zu 3.90 Euro pro Quadratmeter und Monat hier im Hallschlag.

-
Selbst eine Altbauwohnung in der Düsseldorfer Straße, die auf der Abbruchliste steht und nur in einem Zimmer einen Heizkörper und uralte zugige Fenster hat, kostet 7,85 Kaltmiete.

Die Häuser, die derzeit in der Dessauer und Lübecker Straße neu gebaut werden, sollen 11 Euro aufwärts kosten. Hinzu kommt ein Stellplatz für 55 Euro im Monat. Die noch gut erhaltenen Altbauten, die an der Stelle abgerissen wurden, hatten Mieten von 5, 50 Euro bis 8,45 Euro. Das heißt die Neubauten sind doppelt so teuer.

Es gibt Mieter, die neben einem vollen Job einen Zweitjob brauchen, damit sie die Miete bezahlen können. Ich kenn Rentnerinnen bei der SWSG, die im Winter keine Heizung anmachen, weil sie sich das nicht leisten können. Das ist menschenunwürdig.

Die andere Seite ist, dass die SWSG im Geld schwimmt.
In den Jahren von 2006 bis 2016 hat die SWSG im Durchschnitt jährlich 14 Millionen Euro Gewinn gemacht.

Damit wurden aber keine zusätzlichen Wohnungen gebaut. Die SWSG hat heute weniger Wohnungen als 2005.

Die Stadt nutzt die SWSG nicht für den Erhalt von preisgünstigen Altbauten und den Bau neuer günstiger städtischer Wohnungen. Sie nutzt sie als Geldbeschaffungsmaschine für die Stadtkasse. Jährlich werden Mieteinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe über Grundstücksdeals in die Kasse von Finanzbürgermeister Föll transferiert, der zufällig gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der SWSG ist.

Weiter wird die SWSG genutzt, um Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen aus der Stadt zu vertreiben. Der Hallschlag ist wie der technische Chef der SWSG gesagt hat, der „Laborversuch“ für die Gentrifizierung von Stadtteilen. Im Mai hat die Stadt verkündet, dass alle Kriegs- und Nachkriegssiedlungen auf Umstrukturierungen überprüft würden. In Zuffenhausen sehen wir ja bereits

diese Umstrukturierung. Hier sollen in der Keltersiedlung und anderswo in den kommenden Jahren 271 Wohnungen mit erhaltenswerter Bausubstanz abgerissen werden.

Der Plan der SWSG ist, von den 1.800 Wohnungen, die die SWSG im Hallschlag hat, ein Drittel ganz abzureissen. Ein Drittel soll neubaugleich im unbewohnten Zustand modernisiert werden. D.h. auch diese Mieter müssen ausziehen. Die Neuvermietungsmieten von neubaugleichen Modernisierungen sind so hoch wie bei Neubauten, obwohl sie keinen Neubaustandard haben. Die anderen sollen in bewohntem Zustand modernisiert werden. Auch das bedeutet mindestens 20% mehr Warmmiete.

Gering- und Normalverdiener, Rentnerinnen und Rentner, die nach dem Krieg die Stadt aufgebaut haben und seit Jahrzehnten oder ihr ganzes Leben hier im Hallschlag gewohnt haben, werden systematisch aus der Stadt hinaus gebaut.

Noch nicht mal Krankenpflegerinnen, Erzieherinnen und andere städtische Beschäftigten können sich die Mieten der städtischen Wohnungsgesellschaft leisten, geschweige denn Alleinerziehende, LeiharbeiterInnen und andere Geringverdiener.

Der frühere Baubürgermeister der SPD, Matthias Hahn, hat im Zusammenhang mit der Aufwertung des Hallschlags gesagt: „Eigentlich ist der Hallschlag ja eine bevorzugte Wohnlage in Stuttgart“.

Das ist der Kern der Sache. Der Filz aus Immobilienbesitzern und Rathausspitze will aus dem Hallschlag einen Stadtteil mit Mieten auf Killesbergniveau machen. Wenn sie damit durchkommen, dann trifft das alle Mieter. Nicht nur die SWSG-Mieter. Wenn die Wohnlage im Hallschlag als beste Wohnlage eingestuft wird, werden alle Mieterhöhungen künftig noch höher ausfallen. Das muss verhindert werden.

Es darf nicht soweit kommen, dass es keine Stadtteile mehr in Stuttgart gibt, in dem Normal- und GeringverdienerInnen und RentnerInnen sich eine Wohnung leisten können.

Nun baut die SWSG auch einige Sozialwohnungen. Die kosten aber laut Beschluss des Gemeinderats 7,50 bis 9 Euro Kaltmiete. Was ist daran noch sozial?

Konkret geht es nun darum, dass in den Straßen Essener Str. /Auf der Steig, Düsseldorfer Straße und Am Römerkastell weitere 200 Wohnungen abgerissen werden sollen. Die Hälfte davon bereits in einem Jahr. 20 Wohnungen stehen bereits leer und werden bis mindestens Oktober 2018 leer stehen. Gleichzeitig bezahlt die Stadt 5 Millionen Euro im Jahr für die Unterbringung von Notfällen in Hotels.

Wenn man sich die Wohnungen von außen anschaut, dann sieht man, dass die SWSG jahrzehntelang nichts in die Instandhaltung investiert hat. Das heißt aber nicht, dass die Häuser abbruchreif sind. Mit relativ wenig Geld können diese Häuser instandgehalten und als preisgünstige Wohnungen erhalten werden. Dafür kämpfen wir.

Es darf nicht sein, dass in der SWSG-Zentrale in Obertürkheim und bei den Aufsichtsratssitzungen über die Köpfe der Mieter hinweg entschieden wird. Dieser Diktatur stellen wir uns entgegen.

Wir fordern,

1. dass der Abriss von Gebäuden, teure Modernisierungen und Mieterhöhungen im Hallschlag sofort gestoppt werden.
2. Dass die betroffenen Mieterinnen und Mieter in einem offenen und transparenten Mieter-Beteiligungsprozess ein demokratisches Mitspracherecht bekommen über bauliche Maßnahmen und Mietpreise (einschließlich der Betriebskosten).

Dafür sammeln wir Unterschriften und dafür demonstrieren wir heute.

Mieter aus den Häusern Am Römerkastell, haben eine eigene Unterschriftenliste gemacht, die sie vor der Kundgebung hier im Kundencenter abgegeben haben. Darin heißt es:

„Wir MieterInnen in den Häusern am Römerkastell 77 – 161 erklären hiermit, dass wir nicht bereit sind aus unseren Häusern auszuziehen. Wir sind mit unseren Häusern zufrieden. Viele von uns haben viel Geld in die Hand genommen um die Wohnungen zu sanieren und zu modernisieren. Die SWSG kassiert nur Miete und investiert so gut wie nichts in die Instandhaltung. Wir fordern, dass die SWSG die Häuser stehen lässt und instandhält. Der geplante Abriss und Neubau ist im Profitinteresse der SWSG und gegen die Interessen der Mieterinnen. Wir sind nicht bereit für diese mieterfeindliche Politik unsere Häuser zu verlassen.“